

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sachstand und Umsetzung beim Projekt der Bundesagentur für Arbeit „Lebensbegleitende Berufsberatung“ im Land Bremen

Die Bundesagentur für Arbeit hat nach vorangegangener regionaler Pilotierung angekündigt, ab dem kommenden Jahr das Projekt ‚Lebensbegleitende Berufsberatung‘ in der Fläche umzusetzen. Dies beinhaltet für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende, für Studierende und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für Schulen, Behörden und Unternehmen im Land Bremen Neuerungen, auf die sich alle Beteiligten rechtzeitig einstellen können sollten. Deshalb ist es für unser Bundesland wichtig, die konkreten Pläne und Umsetzungsschritte der Agentur auf den unterschiedlichen Projektebenen zu kennen und den korrespondierenden Handlungsbedarf für die Landes- und die beiden Kommunalebene zu identifizieren.

Wir fragen den Senat:

1. Wann, wo und in welcher Form wird das von der Agentur angekündigte Angebot der Berufsberatung (unter anderem bereits in den so genannten Vor-Vor-Entlass-Klassen) für Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen, an beruflichen Schulen und Hochschulen in Bremen umgesetzt? Gibt es hierfür einen konkreten Ablaufplan, auf den sich die Schulen und Hochschulen einstellen können?
2. In welchem Zeitraum und Umfang ist im Land Bremen mit der Umsetzung der Ankündigung zu rechnen, die vor-Ort-Präsenz der Agentur an allen Schulformen deutlich auszubauen? Wird dies – und wenn ja, in welcher Schrittigkeit – auch Sprechstunden und individuelle Einzelberatungen beinhalten?
3. Werden potenzielle Abrecher*innen von Ausbildung und/oder Studium ebenfalls individuell mit dem Ziel der Vermeidung von Abbrüchen beraten und in welcher Intensität und Breite, mit welchen Ressourcen und innerhalb welchen Zeitrahmens soll dies konkret geschehen?
4. Mit welchen Konzepten, Ressourcen und Plänen wird die Agentur die von ihr in Aussicht gestellte enge Kommunikation mit Lehrenden, Schulpsycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und weiteren Akteur*innen an den Schulen sowie die angekündigte Elternarbeit praktisch umsetzen?

Beschlussempfehlung:

Dr. Henrike Müller, Christopher Hupe, Björn Fecker und Bündnis 90/Die Grünen